

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 59. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. September 2016, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Rasmus Andresen

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorschläge der Europa-Union für ein gemeinsames Veranstaltungskonzept mit dem Europaausschuss	4
2. Bericht zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein - Sprachenchartabericht 2016 -	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4067	
3. Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2015/2016 (Ostseebericht 2016)	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4397	
4. Nachbesprechung des Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel, der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga und der Informationsreise des Europaausschusses nach Brüssel	10
5. Bericht über die BSPC-Arbeitsgruppensitzung „Nachhaltiger Tourismus“ in Petrozavodsk	11
6. Entschließung des Europaparlaments gegen Massenüberwachung umsetzen - Beschwerde gegen Massenüberwachungsprogramme ausländischer Geheimdienste einreichen	12
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1859	
7. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen	13
Einladung zur 118. Plenartagung des Ausschusses der Regionen Umdruck 18/6220	
8. Bundesratsangelegenheiten	14
Umdrucke 18/6204, 18/6310, 18/6402, 18/6410	
9. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	15
Umdruck 18/6540	
10. Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird mit der Maßgabe gebilligt, den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Investorenklagen verhindern, demokratische Selbstbestimmungsrechte bewahren - Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen, [Drucksache 18/4299](#) (neu), in einer späteren Sitzung zu beraten.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorschläge der Europa-Union für ein gemeinsames Veranstaltungskonzept mit dem Europaausschuss

Der Vorsitzende der Europa-Union, Herr Döring, führt in die Thematik ein und verweist auf die dem Ausschuss vorliegende schriftliche Vorlage, die ein Konzept für eine Veranstaltungsreihe enthalte ([Umdruck 18/6574](#)). Er verweist einleitend auf die schwierigen Diskussionen um die Rolle Europas: Nationalstaatlichkeit zu betonen und Grenzen aufzubauen, sei nicht die Lösung. Menschen müssten wieder für die europäische Idee gewonnen werden, dazu sei es notwendig, an die Menschen heranzugehen. Die Europa-Union schlage vor, mit dem Landtag gemeinsam ein Veranstaltungskonzept umzusetzen, dessen Ziel sei, auch in die ländlichen Räume zu gehen und Veranstaltungen mit circa 25 Personen durchzuführen. Denkbar sei dabei auch die Beteiligung eines Mitglieds des Landtags, zum Beispiel des jeweiligen Wahlkreisabgeordneten. Dabei sollten Initiativen gegenüber dem Landtag oder bei Abgeordneten des Europäischen Parlaments angestoßen werden. Eine Finanzierung könne anteilig durch die Europa-Union und den Landtag erfolgen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für das laufende Jahr keine Haushaltsmittel zur Verfügung stünden. Er regt an, in den Fraktionen das Konzept zu beraten.

Abg. Poersch spricht sich ebenfalls für eine Diskussion in den Fraktionen aus, aus ihrer Sicht sei wichtig, an Themen orientiert bestimmte Politikfelder anzugehen, auch unter Einbeziehung aktueller Themen. Sie regt an, in den Haushaltsberatungen über die Möglichkeit der Schaffung eines entsprechenden Titels zu diskutieren.

Abg. Damerow unterstreicht die Wichtigkeit der zu führenden Diskussion in den Fraktionen und sieht politische Themen als Oberbegriffe, unter denen man sich mit aktuellen Fragen zu den jeweiligen Politikbereichen befassen könne.

Abg. Beer plädiert dafür, schnell zu einer Umsetzung des Konzepts zu kommen, ein Beginn erst im Jahr 2017, möglicherweise erst nach der Landtagswahl, sei aus ihrer Sicht zu spät.

Abg. Waldinger-Thiering problematisiert, dass eine in dem Konzept angedachte Dauer von drei bis vier Stunden je Veranstaltung aus ihrer Sicht zu lang sei. Sie spricht sich dafür aus, diese Zeit auf maximal zwei Stunden pro Veranstaltung zu begrenzen.

Abg. Voß merkt an, dass aus seiner Sicht schwierig sei, sich im Landtagswahlkampf nicht auch an Schulen im Hinblick auf europäische Themen zu positionieren, wie das bisher Konsens gewesen sei. Zu dem vorliegenden Konzept hebt er hervor, dass aus seiner Sicht besonders im ländlichen Raum eine offene Diskussion zu Flüchtlingen stattgefunden habe, insofern halte er eine Konzentration auf den ländlichen Raum in dem Konzept nicht für erforderlich.

Abg. Poersch hebt die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen im Bereich der Europapolitik besonders vor dem zu erwartenden Ausgang der nächsten Landtagswahl hervor. Für diese Zusammenarbeit sei nicht unbedingt ein Haushaltstitel erforderlich. Sie unterstreicht die Wichtigkeit einer durch finanzielle Mittel unterfütterte Öffentlichkeitsarbeit, die bisher dem Ausschuss durch das Fehlen dieser Mittel nicht möglich sei.

Auf die Aufteilung der Kosten angesprochen, führt Herr Döring aus, dass er sich eine Aufteilung zu einem Drittel auf die Europa-Union und zu zwei Dritteln auf den Landtag vorstellen könne. Ein möglicher Titel für entsprechende Ausgaben könne 5.000 bis 10.000 €umfassen. Er spricht sich dafür aus, schnell mit der Arbeit zu beginnen, die aus seiner Sicht hauptsächlich im Europaausschuss geleistet werden könne. Möglich sei aus seiner Sicht auch eine Finanzierung über Projektförderung. Er betont, dass die Europa-Union für Diskussionen des Konzepts jederzeit zur Verfügung stehe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein
- Sprachenchartabericht 2016 -**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/4067](#)

(überwiesen am 9. Juni 2016 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf Anregung von Abg. Waldinger-Thiering kommt der Europaausschuss überein, die Minderheitenbeauftragte beim Ministerpräsidenten, Frau Schnack, in die Ausschusssitzung am 9. November 2016 einzuladen und sich von ihr mündlich über den Sachstand zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein berichten zu lassen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2015/2016 (Ostseebericht 2016)

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/4397](#)

(überwiesen am 22. Juli 2016 an den Europaausschuss)

Einleitend stellt Ministerin Spoorendonk die Schwerpunkte des Berichts der Landesregierung, [Drucksache 18/4397](#), dar, die sich anhand von fünf Dimensionen formulieren ließen: eine finanzpolitische, eine regionalpolitische, eine wirtschaftliche, eine umweltpolitische und eine kulturelle Dimension. Sie verweist auf thematische Fokussierungen, zum Beispiel im kulturellen Bereich. Im Sommer 2016 habe es ein hochrangiges Treffen auf Staatssekretärebene gegeben, das sehr konstruktiv verlaufen sei. Sie stellt die Vielzahl der bestehenden Kooperationen im Ostseeraum dar, zum Beispiel den Ostseerat, den Nordischen Rat, die Baltic Sea-States Subregional Cooperation (BSSSC) sowie Ostseeparlamentarierkonferenz und STRING-Kooperation. Zu den Instrumenten hebt sie die Bedeutung des INTERREG-Ostseeprogramms hervor und betont, man mache sich vonseiten der Landesregierung dafür stark, Programme und Projekte zusammenzuführen. In diesem Zusammenhang erwähnt sie auch ihre Termine der kommenden Tage, zum Beispiel auf der Konferenz der BSSSC sowie in Kaliningrad zur Eröffnung der deutsch-russischen Dokumentarfilmtage. Im Zusammenhang mit der Ostseekooperation weist sie auch auf die Jugendkooperation im Ostseeraum hin, die auch eine wichtige Rolle spiele.

Auf eine Frage der Abg. Damerow zur grenzüberschreitenden Strahlentherapie zwischen Süddänemark und Schleswig-Holstein weist Ministerin Spoorendonk auf die zu diesem Thema vorliegende Presseberichterstattung hin. Die Parteien des Regionalrats Süddänemark hätten sich darauf in ihren Haushaltsberatungen verständigt, die Kooperation nicht fortführen zu wollen. Ende September werde der Regionalrat abschließend darüber beraten. Sie habe wenig Hoffnung, dass sich der Beschluss noch ändern werde. Sie selbst habe mit der Regionsvorsitzenden, Frau Lohse, ein Gespräch geführt, die dänische Seite kritisiere, dass zwar dänische Patienten nach Deutschland kämen, nicht aber umgekehrt. Es habe mehrere Initiativen gegeben, die dahinterliegenden Mechanismen aufzubrechen und mit den Krankenkassen ein anderes System zu finden, jedoch hätten die Patienten die freie Wahl. Eine gemeinsame Chipkarte für den deutsch-dänischen Grenzbereich habe nicht geschaffen werden können, grundsätzlich sei der Patientenstrom auch nicht zu steuern.

Ministerin Spoorendonk verweist auf Erfolge der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit außerhalb des Gesundheitssektors und plädiert dafür, diese nicht isoliert zu betrachten. Sie hebt ebenfalls hervor, dass sie als Europaministerin nur das Vermitteln von Gesprächen und das Zusammenbringen der Gesprächspartner anbieten könne, da sie inhaltlich nicht für den Bereich Gesundheit zuständig sei. Sie legt dar, dass sie mit der Regionsvorsitzenden telefoniert und die Situation mit ihr besprochen habe. Sie stehe ebenfalls in Kontakt mit dem Franziskus-Krankenhaus in Flensburg, das die Strahlentherapie anbiete.

Auf Bitte von Abg. Dr. Klug sagt Ministerin Spoorendonk zu, dem Ausschuss Informationen über das Treffen der Wissenschaftsminister im Juni in Krakau zur Verfügung zu stellen.

Abg. Dr. Klug interessiert die Lage des Hanse-Office in Russland und welche Möglichkeiten die Landesregierung sehe, zu einer Nachfolgeregelung nach der Schließung des Hanse-Office zu kommen. - Ministerin Spoorendonk führt aus, dass man an einer Nachfolgelösung arbeite, weil man die Präsenz Schleswig-Holsteins in Kaliningrad als sehr wichtig empfinde. Die Liquidierung des Hanse-Office sei kompliziert. Tatsächlich sei auch das Büro des Nordischen Rats geschlossen worden, die beim Hanse-Office erfolgte Zwangsregistrierung sei jedoch nur bei diesem vorgenommen worden.

Herr Augustin, Leiter der Europa-Abteilung im Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, ergänzt, dass das Problem nicht singulär nur das Hanse-Office betreffe, jedoch sei das Hanse-Office das erste Büro, das zwangsregistriert worden sei. Im Kontakt mit dem Auswärtigen Amt habe die Landesregierung davon abgesehen, dagegen Klage zu erheben.

Abg. Weber interessiert, wie die Landesregierung die Möglichkeit der Änderung einer Situation einschätze.

Ministerin Spoorendonk legt dar, dass der Vorwurf ausländischer Agententätigkeit auch vor dem Hintergrund der internationalen Situation zu sehen sei, sie fürchte zudem, dass eine Aufhebung bestehender Sanktionen nicht unmittelbar dazu führe, dass das zugrundeliegende Gesetz rückgängig gemacht werde. - Herr Augustin betont, dass es das Gesetz schon seit einigen Jahren gebe und man damit rechne, dass es noch länger in Kraft bleibe. Das Land Schleswig-Holstein habe eine Thematisierung dieses Umstands zur Europaministerkonferenz angemeldet. Hintergrund des von Russland erlassenen Gesetzes sei herauszufinden, welche ausländischen Finanzströme durch Russland flössen.

Abg. Beer verweist auf das Treffen mit dem BDN, das zeitnah stattfinden solle, und sie plädiert dafür, die Situation von allen Seiten zu betrachten.

Auf das Thema Strahlentherapie eingehend legt Abg. Pauls dar, dass sie es bedauerlich finde, dass Angebote für dänische Patienten eingestellt werden sollten. Das bedeute für Patienten vor allem längere Wege. Sie plädiert dafür, in den jeweils eigenen Reihen vor Ort für diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu werben.

Ministerin Spoorendonk spricht sich abermals dafür aus, auch die neuen Felder der deutsch-dänischen Zusammenarbeit zu betrachten. Wichtig sei, dass die beteiligten Akteure nicht nur wirtschaftliche Gesichtspunkte zur Beurteilung von Kooperationen heranzögen. Die Gesundheitskooperation sei ein Leuchtturmprojekt gewesen, bei dessen Streichung sich aus ihrer Sicht nicht der damit beabsichtigte Betrag einsparen lasse. Zu überlegen sei, trotz der aufgetretenen Schwierigkeiten einen weiteren Aufschlag zu machen. Dabei müsse es auch darum gehen, attraktive Angebote für alle Beteiligten zu schaffen. Sie sei für Ideen offen.

Einstimmig empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Nachbesprechung des Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel, der
25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga und der Informationsreise des
Europaausschusses nach Brüssel**

Der Europaausschuss erörtert Optionen, einen Termin für die Brüssel-Reise für das Jahr 2017 nach der Landtagswahl festzulegen, und kommt überein, diese Terminfindung dem Europaausschuss der nächsten Legislaturperiode zu überlassen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht über die BSPC-Arbeitsgruppensitzung „Nachhaltiger Tourismus“
in Petrozavodsk**

Abg. Voß, Mitglied in der BSPC-Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“, weist auf die Geschichte der Arbeitsgruppen hin sowie auf die Möglichkeit, den Bericht über die Arbeitsgruppensitzung unter www.bspc.net nachzulesen. Kurz reißt er die Themen an, die bei der Sitzung der Arbeitsgruppe eine Rolle gespielt hätten, zum Beispiel Kultur-Tourismus oder der Zustand der Gewässer sowie das Thema Minderheiten. Analog zur Ostseestrategie der EU gebe es auch eine Nordwest-Russland-Strategie. Er kündigt an, dass die Arbeitsgruppe Mitte März kommenden Jahres nach Kiel eingeladen werde, um Tourismus und saubere Schifffahrt zu diskutieren. Dies werde mit dem Ostsee-Jugendforum kombiniert.

In diesem Zusammenhang thematisiert der Vorsitzende, dass für den Ausschusstermin am 15. März 2017 aufgrund der Veranstaltung „Jugend debattiert“ im Landeshaus kein Raum zur Verfügung stehe. Vor dem Hintergrund der zeitlichen Nähe zur Working Group plädiert der Ausschuss dafür, einen anderen Sitzungsort zu suchen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entschließung des Europaparlaments gegen Massenüberwachung umsetzen
- Beschwerde gegen Massenüberwachungsprogramme ausländischer Geheimdienste einreichen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1859](#)

(überwiesen am 15. Mai 2014 an den **Europaausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Beer führt kurz zu ihrem Antrag ein. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag die Ablehnung des Antrags.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht aus dem Ausschuss der Regionen

Einladung zur 118. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

[Umdruck 18/6220](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bundesratsangelegenheiten

[Umdrucke 18/6204, 18/6310, 18/6402, 18/6410](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

[Umdruck 18/6540](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss diskutiert kurz den als Tischvorlage vorgelegten Antrag der Koalitionsfraktionen ([Umdruck 18/6569](#)), zu einer der nächsten Sitzungen Herrn Loránt Vincze, den Präsidenten der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) einzuladen und sich von ihm über Minority Safepack Initiative berichten zu lassen und auch die Landesregierung dazu einzuladen. - Der Ausschuss kommt überein, dies für den 9. November 2016 vorzusehen.

Auf Vorschlag von Abg. Beer sagt Herr Diedrichsen zu, dem Ausschuss Informationen zum Beratungsstand zur Minority Safepack Initiative auf Europäischer Ebene zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11.35 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer